

## Antrag

der Abgeordneten **Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl SPD**

### **Förderung von Abdeckungen offener Güllelagerbehälter zur Ammoniakreduktion**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Investitionsfördermöglichkeit von Abdeckungen offener Güllebehälter zu installieren, eine Informationskampagne dazu zu starten und Beratung hierfür durch alle Ämter (AELF) zu ermöglichen.

#### **Begründung:**

Die NEC-Richtlinie zur Reinhaltung der Luft aus dem Jahr 2001 legt fest, dass in Deutschland maximal 550 Kilotonnen Ammoniak jährlich ausgestoßen werden dürfen. Diese Schadstoffgrenze kann nach Aussage der Staatsregierung voraussichtlich nicht eingehalten werden.

Infolgedessen plant die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Agrarministern der Länder, die maximale Einarbeitungszeit bei der Gülleausbringung auf 4 Stunden zu begrenzen. Aus Sicht der Bayerischen SPD ist hierbei besonders auf eine praxistaugliche Umsetzung der 4-Stunden-Regelung unter Berücksichtigung der Witterung zu achten, damit die bayerische Landwirtschaft nicht mit praxisfernen Lösungen zu kämpfen hat.

Darüber hinaus ist die Ammoniakreduktion jedoch keineswegs ausschließlich durch neue Regelungen und Berechnungsweisen zu erreichen. Die Staatsregierung muss ihrer Verpflichtung in diesem Bereich nachkommen und die viehhaltenden Betriebe in dieser Aufgabe unterstützen.

Die nachträgliche Installation von Abdeckungen offener Güllelagerbehälter mit Granulaten, Schwimmmatzen, Schwimmkörpern oder festen Anlagen erzielt eine Emissionsreduktion von 80 bis 95 Prozent. Die Investitionskosten sollten gefördert werden, um das Ziel der NEC-Richtlinie schnellstmöglich zu erreichen und EU-Strafzahlungen zu verhindern. Die Reduktion von Emissionen im Bereich der Güllelagerung kann auch zu einer höheren Akzeptanz der Viehhaltung im ländlichen Raum beitragen.

Weiterhin sollte das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eine Informationskampagne im Bereich der Abdeckungen starten sowie an allen Ämtern eine Beratung hierfür ermöglichen.